



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG · 29 OLDENBURG · POSTFACH 943 · TEL.: 510 64 · REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF, JAN KOCHANOWSKI · MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER · NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

15. Januar
2/76

160 WiHi-Stellen für 2. und 3. Quartal '76

In diesem Jahr werden voraussichtlich nicht mehr, aber auch nicht viel weniger Tutoren- und wissenschaftliche Hilfskraftstellen zur Verfügung stehen als 1975. In einem entsprechenden Beschluß hat gestern der Senat die Fachbereiche, Zentralen Einrichtungen und andere Einheiten aufgefordert, die Stellenanforderungen für das zweite und dritte Quartal im gleichen Rahmen zu halten wie im vergangenen Jahr.

Nach Berechnung der Haushaltsabteilung stehen von April bis September für die Finanzierung von WiHi- und Tutorenstellen insgesamt etwa 960.000,- DM zur Verfügung. Da etwa pro Hilfskraft 6.000,- DM aufgewendet werden müssen, können maximal 160 Stellen finanziert werden. Zur

Zeit sind 166 Stellen besetzt. In der gleichen Sitzung wurde von der Haushaltsabteilung bekanntgegeben, daß nach dem Haushaltsentwurf für die Universität insgesamt 109.000,- DM für die Vergabe von Lehraufträgen und Gastvorträgen bereit stehen. Laut Beschluß des Verwaltungsausschusses werden sie wie folgt aufgeteilt:

FB I	18.025,- DM
FB II	23.425,- DM
FB III	22.325,- DM
FB IV	23.425,- DM

Der Rest von 21.800,- DM soll für fächerübergreifende Veranstaltungen ausgegeben werden. Bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushaltsplanes 1976 werden von den genannten Beträgen zunächst nur 50 Prozent freigegeben. gh

"In dubio pro reo"

Gegen Helga Kochanowski, Amtmännin in der Verwaltung der Universität Oldenburg, werden keine disziplinarischen Maßnahmen wegen ihrer DKP-Kandidatur zum Stadtrat eingeleitet. Das erklärte der noch amtierende Staatssekretär im Niedersächsischen Wissenschaftsministerium, Dr. Jürgen Wichert, auf eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Josef Dierkes. Dierkes hatte Mitte vergangenen Jahres die Landesregierung gefragt, welche beamtenrechtlichen Folgerungen sie aus der Kandidatur für die DKP von Helga Kochanowski ziehen würde. In der Antwort dazu heißt es, die Landesregierung habe bislang in Übereinstimmung mit dem Verhalten früherer Landesregierungen aus der Tatsache zur Kandidatur eines Beamten für rechts- und linksextremistische Parteien zu einer kommunalen Vertretung oder zu einer Volksvertretung allein keine unmittelbaren disziplinarrechtlichen Folgerungen gezogen. Sie befände sich damit, soweit dies aufgrund einer entsprechenden Umfrage erkennbar sei, auch in Übereinstimmung mit dem Vorgehen anderer Landesregierungen in der Bundesrepublik. Dies schließe nicht aus, daß die politischen Aktivitäten eines Beamten, der für eine extremistische Partei kandidiere, insgesamt geeignet sein könne, den konkreten Verdacht eines Dienstvergehens zu begründen.

Weiter erläuterte Wichert, in einem Disziplinarverfahren wirkten sich bloße Zweifel an der Verfassungstreue des Beamten - anders als bei Bewerbern - aufgrund des im Disziplinarrecht geltenden Grundsatzes "in dubio pro reo" nicht zu seinen Lasten aus. In dem vorliegenden Fall sei daher die Frage, ob nicht widerlegbare Zweifel an der Verfassungstreue bestünden, disziplinarrechtlich irrelevant.

Gegen die Anfrage des Oldenburger CDU-Abgeordneten Dierkes hatte die ÖTV-Betriebsgruppe der Universität scharfen Protest erhoben. gh

Kontaktlehrerstellen:

Noch keine Zusage der Landesregierung

Noch völlig unklar ist, ob die Kontaktlehrer an der Universität Oldenburg ihren angedrohten Streik wahrnehmen werden, da von der Landesregierung noch keine schriftliche Zusage gemacht worden ist, ab 1. August dieses Jahres die Zahl der Kontaktlehrerstellen für die einphasige Lehrerausbildung mehr als zu verdoppeln.

Allerdings können die Kontaktlehrer, die in Kürze eine Delegation zu Kultusminister Mahrenholz entsenden wollen, einen ersten Erfolg verbuchen. Wie der Rektor der Universität, Professor Dr. Krüger, am vergangenen Freitag mitteilte, hat das Kultusministerium seine erwogene Reduzierung der Unterrichtsverlagerung für Kontaktlehrer von zehn auf sieben bis neun Stunden fallengelassen.

Wie bereits berichtet, hatten die Kontaktlehrer auf einer Vollversammlung mit nur einer Stimmenthaltung beschlos-

sen, am 1. Februar ihre Arbeit als Ausbilder in der einphasigen Lehrerausbildung einzustellen, wenn die Landesregierung nicht bereit sei, anstelle der bisher 69 mehr als 180 Stellen für Kontaktlehrer zum 1. August dieses Jahres zur Verfügung zu stellen und die Reduzierung der Unterrichtsverlagerung fallenzulassen. Grund für die erste Forderung: Angesichts der Studentenzahlen sei eine sinnvolle Arbeit in der Praxisphase nicht nur für die Kontaktlehrer selbst, sondern auch für die Studenten und für die zu unterrichtenden Schüler unzumutbar. gh

Was bringt die Prüfungsordnung den Studenten?

Im November letzten Jahres hat der Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) nach langen Verzögerungen eine Prüfungsordnung für die einphasige Lehrerausbildung vorgelegt (der Text ist bei der Pressestelle noch erhältlich). Die Prüfungsordnung ist, da die gesetzlichen Grundlagen für einen offiziellen Erlaß noch nicht geschaffen sind, nur ein Entwurf, der aber dennoch für die weiteren Planungen der Universitäten Oldenburg und Osnabrück verbindlich ist.

Was bringt diese Prüfungsordnung den Studenten, den Lehrenden, den Kontaktlehrern? Sie enthält eine Reihe von Regelungen, die von den Vorstellungen der Universität, die selbst einen Entwurf vorgelegt hatte (sif 9/75), erheblich abweichen. Am ersten MWK-Entwurf (sif 7/75) hatte daher die Carl-von-Ossietzky-Universität folgende sechs zentralen Mängel kritisiert:

1. die außerordentlich hohe Prüfungsbelastung von Studenten und Lehrenden, die über die Belastung durch 1. und 2. Prüfung für Grund- und Hauptschullehrer hinausgeht, insbesondere durch zur Leistungsgestaltung ungeeignete Klausuren;
2. die Diskriminierung der Fächer Bildende Kunst, Musik und Sport durch besondere Prüfungen isolierter praktischer Fertigkeiten, deren Ergebnis maßgeblich mit in die Endnote eingeht;
3. die fehlende Mitbestimmung der Universität und der Kontaktlehrer im Prüfungsamt und die staatliche Willkür bei der Entscheidung, wer von den Lehrenden und Kontaktlehrern als Prüfer bestellt wird;
4. die Verhinderung interdisziplinärer, problem- und praxisorientierter Studien in Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und in den integrierten Studiengängen Gesellschaftslehre und Arbeitslehre;
5. die Einschränkung der freien Prüferwahl (bei Hausarbeiten und Klausuren) mit der Gefahr der politischen Manipulation;
6. die Verhinderung jeglicher Mitwirkung von studentischen Vertretern am Prüfungsverfahren.

Ihre Kritik hat die Universität durch umfangreiche Materialien und Alternativvorschläge untermauert (sif 10/75) und bei Verhandlungen mit dem MWK vorgetragen. Doch nur an wenigen Punkten konnten Verbesserungen erreicht werden. Im folgenden soll der gegenwärtige Stand kurz zusammengefaßt werden:

1. Die zu hohe Belastung durch 13 vorgeschriebene Prüfungsteile wird nur geringfügig abgemildert durch den Wegfall der Klausur bzw. des Leistungsnachweises in einem Fach bzw. im EG-Bereich, wenn dort die Hausarbeit geschrieben wird. Außerdem werden die Anforderungen an ausbildungsbegleitende Leistungsnachweise verringert. Dazugekommen ist aber noch eine neue Prüfungsleistung: ein benoteter Schein in Schulrechtskunde.

2. Die Diskriminierung der Fächer Sport, Musik und Kunst als nur halbwissenschaftliche Fächer ist verringert durch Einbeziehung theoretischer Fragestellungen in die praktische Prüfung - dies jedoch auf Kosten der Prüfungsbelastung: denn nun müssen auch in diesen Fächern zusätzlich zur praktisch-theoretischen Prüfung Klausuren geschrieben werden.

3. Das Prüfungsamt bleibt ausschließlich nachgeordnete Behörde des MWK ohne Mitbestimmung durch die Universitäten - dies, obwohl bereits in Bremen die Prüfungsbehörde paritätisch durch Schulbehörde und Hochschullehrer, Studenten und Referendare besetzt ist. Damit bleibt insbesondere die Gefahr der Auseinanderentwicklung der Kriterien von Ausbildung und Prüfung bestehen. Verringert wurde die Gefahr von Willkürentscheidungen nur bei der Bestellung von Hochschullehrern und Kontaktlehrern zu Prüfern, da nunmehr alle nicht nur gelegentlich in der Lehrerausbildung tätigen Lehrenden Prüfungsamtsmitglieder werden.

4. Im erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereich hat die Universität den Kompromiß erreicht, daß nun doch interdisziplinäre Schwerpunkte für Studium und Prüfung verbindlich sind, in denen alle beteiligten Disziplinen kooperativ arbeiten sollen. Dagegen ist das Integrationsfach Gesellschaftslehre zerschlagen worden in die traditionellen Schulfächer Geschichte und Sozialkunde, und das Fach Sozialgeographie abgeschafft, neu ist, daß Geographie- und Geschichtsstudenten Sozialkunde als dritte Fakultät erwerben können - ohne allerdings dadurch einen Anspruch auf Verlängerung der Regelstudienzeit zu erlangen.

5. Die Einschränkung der freien Prüferwahl beim Zweitgutachter der Hausarbeit und der Klausur ist im Prinzip zwar aufrechterhalten, jedoch in ihrer Bedeutung reduziert worden: ein Zweitgutachter wird nur noch bestellt, wenn die Arbeit schlechter als "ausreichend" bewertet wurde.

6. Die Rechte der Studenten im Prüfungsverfahren sind nicht verbessert worden: sie sind weder im Prüfungsamt noch in den Prüfungskommissionen vertreten, und selbst die Öffentlichkeit in den Prüfungen bleibt auf Examenssemester im gleichen Fach beschränkt.

Als Bilanz ist festzustellen, daß die Universität mit einer in sich widersprüchlichen Prüfungsordnung konfrontiert ist, in der offene reaktionäre und machtpolitische Elemente (Prüfungsamt, Klausuren, hohe Prüfungsbelastung, keine studentische Mitwirkung) einigen liberaleren Momenten (freie Prüferwahl, Prüfungsberechtigung für alle Lehrenden und Kontaktlehrer, Übergewicht der Lehrenden und Kontaktlehrer in den meisten Kommissionen, interdisziplinäre Neuordnung des erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs) gegenüberstehen.

Der Kampf um Beseitigung der reaktionären, um Erhaltung der liberalen Elemente der Prüfungsordnung geht weiter. Bis zum Erlaß der endgültigen Ordnung müssen die Universitäten - und auch die Gewerkschaften, die vorher Stellung nehmen können - ihren Einfluß zur Verbesserung geltend machen. Und schon vorher - in diesem und dem nächsten Semester, wenn der Erlaß der Prüfungsanforderungen in den einzelnen Fächern und im EG-Bereich sowie der Ordnung für die berufspraktische Ausbildung ansteht, müssen Studenten, Lehrende und Kontaktlehrer für Studien- und Prüfungsinhalte streiten, die eine Integration von Theorie und Praxis, die eine bewußt politische Vertretung gesellschaftlicher Interessen in Universität und Schule ermöglichen.

Hansjürgen Otto

Rechenzentrum in Betrieb

Das Rechenzentrum Oldenburg/Osnabrück ist Anfang des Jahres in Betrieb genommen worden. Es steht nunmehr Hochschulangehörigen der Universitäten Oldenburg und Osnabrück sowie den Fachhochschulen zur Benutzung frei.

Allerdings sind noch nicht alle Geräte installiert. Außerdem verfügen die Fachhochschulen noch nicht über Leitungen zu den in der Universität Oldenburg installierten Hauptgeräten des Rechenzentrums. Voraussichtlich wird die hauptsächlich von der Siemens Tochter "Computer Gesellschaft Konstanz" erstellte Anlage Ende März endgültig fertiggestellt. Sie soll im Mai des Jahres dann vom Bundesforschungsminister Matthöfer eingeweiht werden.

Grund des Besuchs aus Bonn: Der Bund trägt einen Hauptteil der Finanzierung des Rechenzentrums, dessen Kosten sich auf knapp 8,8 Millionen belaufen. (s. auch Studium Lehre Forschung 14/75)

Fünf Listen mit 136 Kandidaten

stellen sich zur Wahl

Für die von Dienstag, dem 20. Januar, bis Freitag, den 23. Januar, stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament haben die hochschulpolitischen Gruppen insgesamt fünf Listen mit 136 Kandidaten gemeldet:

- Liste 1 LHV (11 Kandidaten)
- Liste 2 MSB Spartakus (51)
- Liste 3 UHG (16)
- Liste 4 SHB (42)
- Liste 5 Demokratische Liste (16)

Die Gruppen bzw. die Kandidaten auf den Listen werden sich am kommenden Montag, den 19. Januar, um 11.00 Uhr vorstellen. Die für Donnerstag, den

14. Januar, geplante Vorstellung mußte mangels Beteiligung ausfallen. In diesem Zusammenhang hat der Wahlausschuß noch einmal nachdrücklich die Studenten aufgefordert, sich an den StuPa-Wahlen zu beteiligen. Wahlberechtigt ist jeder immatrikulierte Student. Für die Wahl muß der Studentenausweis vorgelegt werden. Um an möglichst vielen zentralen Punkten Wahlurnen aufstellen zu können, sucht der Wahlausschuß Helfer, die für ihre Tätigkeit mit DM 4,-/Stunde entlohnt werden. Interessierte können sich auf die Listen im Gang zur Mensa eintragen. gh

Wahlen zu den Gremien

Nach den Wahlen zum Studentenparlament finden an der Universität in der Zeit vom 3. bis 5. Februar 1976 die Wahlen der Studentischen Vertreter in den Kollegialorganen statt. Die Studenten müssen in diesem Semester ihre Vertreter für das Konzil und die Fachbereichsräte wählen.

Im Konzil sind die Studenten mit 24 Sitzen vertreten, im Fachbereichsrat III (Gesellschaftswissenschaften) und IV (Mathematik/Naturwissenschaften) mit je vier Sitzen sowie in den Fachbereichsräten I (Erziehung und Sozialisation) und II (Kommunikation/Ästhetik) mit je zwei Sitzen.

Die Wahlberechtigung der Studenten bei der Wahl zum Fachbereichsrat richtet sich bei den Lehramtsstudenten nach dem belegten Hauptfach (Wahlfach) gemäß §§ 3 und 10 Abs. 2 der Prüfungsordnung für das Lehramt an Volksschulen im Lande Niedersachsen, soweit die Studenten in der zweiphasigen Lehrerausbildung betroffen sind. Lehramtsstudenten in der einphasigen Lehrerausbildung sind wahlberechtigt in Fachbereichen, in denen sie ein Hauptfach belegt haben. Bei Diplom- und Promotionsstudenten richtet sich die Wahlberechtigung nach der Studienrichtung. Soweit Studenten aufgrund dieser Regelung nicht bereits in zwei Fachbereichen wahlberechtigt sind, haben sie zusätzlich in einem weiteren Fachbereich Wahlrecht, soweit sie in diesem Wintersemester 1975/76 einen Studienschwerpunkt haben.

Wie der Wahlleiter bereits mitgeteilt hat, müssen die Wahllisten bis zum 16. Januar 1976 bei Frau Neuhaus (Raum A 209) eingereicht sein. Hier sind auch die Formulare für die Wahlvorschläge zu erhalten.

Als Wahltermin ist der 3. bis einschließlich 5. Februar 1976 jeweils von

9.00-18.00 Uhr beschlossen worden. Briefwahlunterlagen müssen bis zum 2. Februar 1976 beantragt werden. jk

Zitat

"Die Universitäten, die dem Bund Freiheit der Wissenschaft am meisten Sorgen bereiten, sind Bremen, Oldenburg und Marburg. Dann folgt die Freie Universität Berlin, danach vielleicht Frankfurt."

FAZ vom 16.12.1975

Corriere della Sera: "Niemals war die Lüge so offensichtlich"

Unter der Überschrift "La cultura umiliata in Germania" (Die gedemütigte Kultur in Deutschland) hat eine der größten italienischen Tageszeitungen, der Mailänder "Corriere della Sera", am 3. Januar 1976 auf Seite 3 einen fast halbseltigen Aufsatz seines Deutschland-Korrespondenten Vittorio Brunelli veröffentlicht, in dem es um Probleme der Namensgebung für die Universitäten in Oldenburg und Düsseldorf geht. Schon im Untertitel wird hervorgehoben, daß die Verhinderung der Namensgebung einen Akt der Repression darstellt, dessen politische Aspekte mit List und Heuchelei vertuscht werden sollen. Nach der Darstellung der hiesigen Vorgänge und einer Würdigung der Persönlichkeit Carl von Ossietzky's schließt der Oldenburg betreffende Teil des Beitrags

Demonstration geplant

Im Rahmen der vom Landeselternrat beschlossenen Protestveranstaltungen wird am 28. Januar auch eine Demonstration in Oldenburg gegen den hohen Lehrerausfall an den niedersächsischen Schulen und für die Einstellung aller zur Verfügung stehenden Lehrkräfte stattfinden. Zu der Demonstration haben der Landeselternrat, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Verband der Schullehrer der Gymnasien in Niedersachsen, der Deutsche Lehrerverband Niedersachsen, der Philologenverband Niedersachsen, der Koordinierungsausschuß der niedersächsischen Juso-Schülergruppen, die Deutschen Jungdemokraten und die Schülerunion Niedersachsen aufgerufen. In einem Appell fordert das "Verbandsbündnis", schon zum 1. Februar und nicht erst zum 1. August alle verfügbaren Lehrkräfte einzustellen, da eine Verschleppung des katastrophalen Unterrichtsausfalles für die Dauer eines weiteren halben Jahres nicht zu verantworten sei. Dabei sollten die besonders betroffenen Schulen, nämlich die Sonderschulen, die berufsbildenden Schulen und die Gymnasien bei der Lehrerversorgung vorrangig berücksichtigt werden.

Die Organisatoren der Demonstrationen hoffen auf eine große Teilnahme, da eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung ergeben hat, daß nur 55 % der Eltern von Grund- und Hauptschülern und 49 % der Eltern von Realschülern und Gymnasiasten mit den Schulverhältnissen in Niedersachsen zufrieden sind. Der Oldenburger Demonstration will sich auch das "Komitee gegen die Berufsverbote" anschließen. gh

mit einer Kritik der ministeriellen Auffassung, die Benennung öffentlicher Institutionen nach bedeutenden Persönlichkeiten sei antiquiert und der Polizeieinsatz habe nur einer nutzlosen rhetorischen Geste gegolten: "Niemals war die Lüge so offensichtlich. Westdeutschland ist voll von Kasernen, die nach Marschall Hindenburg und General von Lettow-Vorbeck benannt sind, ... und von Universitäten, die noch heute die Namen von Fürsten und Königen tragen. ... Man könnte sagen, daß die Rhetorik im Sinne der Regierenden immer dann beginnt, wenn der in Frage stehende Name einer Persönlichkeit gehört, die die politische Macht in ihren traditionell repressiven Aktionen auf die eine oder andere Weise kritisiert hat." wb

Bafög:**Protest gegen Anweisung**

Der AStA der Universität hat in einem offenen Brief an das Ministerium gegen die weitere Aushöhlung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes protestiert. In dem Schreiben wird dem Ministerium vorgeworfen, es habe durch zweifelhafte Methoden wesentliche Teile des Bafög außer Kraft gesetzt. Als Beispiel führt der AStA an, das Ministerium versuche durch telefonische Weisungen, die nach Paragraph 7 des Bafög gewährten Möglichkeiten zu einer weiteren Ausbildung zu beschneiden. Dies geschehe einerseits durch willkürliche Festsetzung von Kriterien, die offensichtlich jeder Rechtsgrundlage entbehren, andererseits durch Empfehlungen, möglichst jeden Antrag auf Förderung einer weiteren Ausbildung abzulehnen. So habe das Ministerium dem Bafög-Amt mitgeteilt, daß Studenten nur Anspruch auf eine weitere Förderung hätten, wenn sie über die Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen hinaus ihr erstes Studium mit der Note "sehr gut" abgeschlossen hätten.

Dieses Verfahren stellt nach Ansicht des AStA in Form und Inhalt einen ministeriellen Willkürakt dar, dem die Studentenschaft entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen werde, zumal das Ministerium bei der Festsetzung von Bewilligungskriterien ohne gesetzliche Grundlage die Empfehlungen des zustän-

digen Förderungsausschusses übergangen habe.

Gegenüber der Pressestelle hat das Studentenwerk die telefonische Anweisung des Ministeriums bestätigt und erklärt, daß diese Anweisung rechtsverbindlich sei. Gleichzeitig machte das Studentenwerk darauf aufmerksam, daß der Paragraph 7 Abs. 2, der die Förderung einer weiteren Ausbildung regelt, außerordentlich schwammig formuliert sei, so daß eine eindeutige Interpretation kaum möglich wäre. In dem Paragraphen 7 Abs. 2 heißt es, eine weitere Ausbildung könne ermöglicht werden, "wenn die besonderen Umstände des einzelnen, insbesondere das angestrebte Ausbildungsziel, dies rechtfertigen." gh

Uni-Ball

Für den am Samstag, den 24. Januar 1976, stattfindenden Uni-Ball sucht der AStA noch Helfer, die sich am AStA-Brett (Trakt A, Altes PH-Gebäude) eintragen können. Auf der Großveranstaltung, die um 20 Uhr beginnt, spielt u.a. neben der Oldenburger Rockband "Moorfeuer" auch die Jazz-Gruppe "Altona", die allgemein zur "Hamburger Szene" gerechnet wird. Eintritt: 4,- DM, Vorverkauf 3,50 DM. Karten sind beim AStA und in mehreren Geschäften in der Innenstadt erhältlich.

KWW: Lehrangebote erbeten

Mitte Dezember hatte die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) das wissenschaftliche Personal der Universität aufgefordert, bis zum 15. Januar Lehrangebote für die Erwachsenenbildung einzureichen. Der Rücklauf ist bisher bescheiden. Die KWW hat die Aufgabe, Angebote von Hochschulwissenschaftlern für die Erwachsenenbildung zu konzipieren und zu vermitteln. Sie ist damit ein Stück Dienstleistung für das regionale Umfeld der Oldenburger Universität und erfüllt, wie u.a. die derzeit (WS75/76; SS 76) laufenden 120 Kurse zeigen, eine wichtige Funktion. Die Zusammenarbeit geschieht vorrangig mit Volkshochschulen und der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Arbeit und Leben. Diese Tätigkeit in der Erwachsenenbildung wird den Hochschullehrern als freiwillige Nebentätigkeit gesondert vergütet.

Die Kontaktstelle bittet dringend, umgehend die Lehrangebote für die Erwachsenenbildung einzureichen (VG 003 oder Briefkasten Kontaktstelle). Für die Mitarbeiter der Kontaktstelle ist

es wegen vieler Nachfragen aufgrund des Bedarfs gewisser Zielgruppen besonders wichtig, auch stichwortartig Bereiche anzugeben, die später zu einem Kurs entsprechend der konkreten Wünsche der potentiellen Teilnehmer ausgebaut werden können. Die Kontaktstelle sucht auch Dozenten bzw. Teamer für Bildungsurlaubsveranstaltungen, u.a. für die Themen Älterwerden, Arbeitsplatz öffentlicher Dienst. Helfen Sie der Kontaktstelle bitte trotz Ihrer Belastung in Forschung und Lehre. jw

Personalien

Eingestellt wurden:

ROSEMARIE BORN als Angestellte im Schreibdienst (Zentrales Schreibbüro)

*

DIETMAR BRANDORFF als technischer Angestellter (Ing. f. Fachrichtung Elektronik) in der ZETWA.

*

MONIKA VOIGT als Angestellte im Schreibdienst (Zentrales Schreibbüro)

250 nahmen teil

Für das Zulassungsverfahren zum SS 76 hat die zentrale Studienberatung zusammen mit dem Immatrikulationsamt drei Informationsveranstaltungen durchgeführt, an denen etwa 250 Bewerber teilgenommen haben. Da die meisten Bewerber an der Universität Oldenburg ihre fachgebundene Hochschulzulassungsprüfung in Oldenburg abgelegt hatten, wurden in erster Linie Probleme des lokalen Zulassungsverfahrens erörtert. Es ist geplant, zum nächsten Bewerbungstermin (WS 76/77) ähnliche Informationsveranstaltungen durchzuführen. gl

Veranstaltungs- und Terminkalender

Im Rahmen des physikalischen Kolloquiums werden Dr. Dietrich (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke, Essen) zum Thema "Technische Nutzung der Sonnenenergie" (2.2.76) und Dr. A. van Raan (Fakultät für Physik, Uni Bielefeld) zum Thema "Experimente mit hochangeregten Atomen: neue Entwicklungen für die Atom- und Astrophysik" (9.2.76) sprechen. Ort und Zeit: Jeweils montags, 17.15 Uhr, AVZ 3-203.

*

Mittwoch, 21.1.1976, 9.30 Uhr, Hörsaal B. 5. Sitzung des Konzils.

*

Mittwoch, 21.1.76, 14.30 Uhr, VG 202 11. Sitzung des Promotionsordnungsausschusses.

*

Freitag, 30.1.1976, 18 Uhr, Hörsaal F. Podiumsdiskussion zwischen dem Marxismuskritiker Prof. Dr. Werner Becker (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/M.) und dem Marxisten Prof. Dr. Hans Heinz Holz (Philipps-Universität Marburg) zum Thema "Marxistische Dialektik und wissenschaftliche Kategorien". Veranstalter: DSK Philosophie.

Donnerstag, 29.1.1976, 20.15, VG 401. Vortragsveranstaltung mit Rainer Köttgen (zuständiger Referent für Hochschulgesetzgebung im MWK, Mitglied der ÖTV) zum Thema "Die Perspektiven des Niedersächsischen Hochschulgesetzes nach der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes". Veranstalter: GEW-Hochschulgruppe.

*

Dienstag, 20.1.1976, G-Trakt. "Ostfriesen-Fête" des SHB.